

HRK

70 Jahre Artikel 5 – Wissenschaftsfreiheit und die Verantwortung der Hochschulen

HRK-Jahresversammlung 2019

Hamburg, 18.11.2019

Beiträge zur Hochschulpolitik 1/2020

HRK Hochschulrektorenkonferenz
Die Stimme der Hochschulen

70 Jahre Artikel 5 – Wissenschaftsfreiheit und die Verantwortung der Hochschulen HRK-Jahresversammlung 2019

Hamburg, 18.11.2019

Beiträge zur Hochschulpolitik 1/2020

Diese Publikation dokumentiert
die Jahresversammlung der
Hochschulrektorenkonferenz im
November 2019 in Hamburg

This publication is a documentation
of the Annual Assembly of the
German Rectors' Conference, held
in November 2019 in Hamburg.

Beiträge zur Hochschulpolitik
1/2020

Herausgegeben von der
Hochschulrektorenkonferenz

Redaktion:
Dr. Christoph Hilgert
Petra Löllgen

Leipziger Platz 11, 10117 Berlin
Tel.: 030 206292-0
Fax: 030 206292-15

Ahrstraße 39, 53175 Bonn
Tel.: 0228 887-0
Fax: 0228 887-110

www.hrk.de

Berlin, April 2020

Nachdruck und Verwendung in
elektronischen Systemen – auch
auszugsweise – nur mit vorheriger
schriftlicher Genehmigung durch die
Hochschulrektorenkonferenz.

Reprinting and use in electronic systems of
this document or extracts from it are subject
to the prior written approval of the German
Rectors' Conference.

978-3-942600-88-0

Inhaltsverzeichnis

Begrüßung Professor Dr. Peter-André Alt Präsident der Hochschulrektorenkonferenz	5
Ansprache Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier	8
Grußwort Professor Dr. Dr. h. c. Dieter Lenzen Präsident der Universität Hamburg	17
Podiumsdiskussion „70 Jahre Artikel 5 – Die Hochschulen in der Verantwortung“ Professor Dr. Peter-André Alt Professorin Dr. Antje Boetius Dr. Jens-Peter Gaul Professor Dr. Dr. h. c. Dieter Lenzen	22

Begrüßung

Professor Dr. Peter-André Alt

Präsident der Hochschulrektorenkonferenz

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Frau Staatsrätin Möller,
lieber Herr Kollege Lenzen,
Exzellenzen, Botschaftsvertreter, Repräsentanten von Bund und Ländern
sowie anderer Wissenschaftsorganisationen,
meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir feiern in diesem Jahr den Umstand, dass vor genau 70 Jahren das
Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verabschiedet wurde –
rückblickend wird immer klarer, um welchen Glücksfall es sich dabei für
die junge Demokratie handelte.

Der Gegenstand von Artikel 5 des Grundgesetzes, nämlich die Freiheit der
Meinung, der Kunst und der Wissenschaft, soll im Zentrum unserer
heutigen Jahresversammlung stehen. Wir alle kennen die politische Lage
in vielen Ländern der Welt, in denen gesellschaftliche Freiheit und die
Meinungsfreiheit, aber auch die Wissenschaftsfreiheit bedroht sind.

Auf den ersten Blick lassen sich diese verschiedenen Ausprägungen von
Freiheit sehr gut in ein und demselben Artikel des Grundgesetzes
zusammenfassen. Ereignisse in den letzten Tagen und Wochen haben uns
indes daran erinnert, dass die allgemeine Meinungsfreiheit und die
Wissenschaftsfreiheit nicht identisch sind.

Wie Sie wissen, besagt Artikel 5.1: „Jeder hat das Recht, seine Meinung
in Wort, Bild und Schrift frei zu äußern“. Und in Artikel 5.3 heißt es dann:
„Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“

Ich will hier versuchen, eine Begriffsschärfung herbeizuführen:
Wissenschaftsfreiheit und Meinungsfreiheit schließen sich
selbstverständlich keinesfalls aus, aber sie sind im hochschulischen Raum

auch nicht identisch. Hier gilt es zu unterscheiden zwischen Erkenntnis und Meinungsbildung, zwischen dem Forschungsprozess einerseits und der gesellschaftlichen Diskussion über dessen Resultate und Konsequenzen andererseits.

Mitnichten rede ich einer unpolitischen Hochschule das Wort. Es lässt sich nicht bestreiten, dass wissenschaftliche Einsichten gesellschaftliche Prozesse beeinflussen können, ja manchmal müssen, denken Sie etwa an die Erkenntnisse der Klimaforschung.

Es ist Aufgabe der Hochschulen, den Austausch von politischen Meinungen in Form eines wissenschaftlichen Diskurses zu organisieren. Aber es wäre fatal, wenn man Wissenschaft gleichsam programmatisch darauf ausrichtete, die Lebenswelt direkt zu lenken oder politische Debatten zu befeuern.

Ich betone das deshalb so deutlich, weil ungenaues Denken, aus dem sich falsche Erwartungen ableiten, für öffentliche Diskussionen gefährlich sein kann. Auch dort, wo es um Freiheit geht, benötigt man Regeln. Dazu gehört, dass politische Meinungsäußerungen an Hochschulen in einen wissenschaftlichen Diskurs eingebettet werden sollten. Auf diese Weise unterstreicht die Hochschule den Vorrang des rational Wissenschaftlichen vor Fragen der politischen Positionierung.

Akademische Freiheit ist kein Selbstzweck. Sie dient der Ermöglichung unabhängiger Forschung und Lehre. Löst man sie aus diesem Zusammenhang, dann gerät sie entweder zur Beliebigkeit oder zur Ideologie. Beliebig wird Freiheit dann, wenn sie sich in einer Haltung des Alles-Laufenlassens bekundet; ideologisch dann, wenn sie nicht mehr die Freiheit anderer Positionen einschließt. Die wissenschaftliche Freiheit verpflichtet zur rationalen Auseinandersetzung mit abweichenden Erkenntnissen. Das schuldet sie ihrem Anspruch, Wahrheitssuche zu betreiben. In diesem Punkt ist sie vorbildgebend auch für die Freiheit der Gesellschaft, die sich durch die Freiheit Andersdenkender definieren sollte.

Wie gesagt, damit rede ich keineswegs der Hochschule als apolitischem Elfenbeinturm das Wort. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können und sollten sich politisch engagieren, wo sie es für geboten halten. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf verweisen, dass die Mitgliederversammlung der Hochschulrektorenkonferenz morgen den Entwurf einer Resolution gegen Antisemitismus diskutieren wird. Und es wird sicherlich auch nachher noch Gelegenheit geben, diese Thematik vertieft mit Frau Kollegin Boetius und Herrn Kollegen Lenzen diskutieren zu können.

Meine Damen und Herren, es freut uns, dass wir heute und morgen an der Exzellenzuniversität Hamburg zu Gast sein dürfen, die in diesem Jahr ihren 100. Geburtstag feiert. Am 28. März 1919 wurde sie um 14.30 Uhr gegründet – ja, so genau ist das Protokoll der dritten Bürgerschaftssitzung nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, das dieses Ereignis festhält. Eine ganz besondere Freude und eine besondere Ehre ist für uns heute der Besuch unseres sehr verehrten Bundespräsidenten. Es ist das dritte Mal überhaupt in der mittlerweile siebzigjährigen Geschichte der Hochschulrektorenkonferenz und ihrer Vorgängerorganisation, der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dass der höchste Repräsentant der Bundesrepublik zu ihr spricht. Wir freuen uns nicht nur aus diesem Grund, sehr verehrter Herr Bundespräsident, außerordentlich auf Ihre Rede.

Ansprache

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier



Foto: Claudia Höhne

Umberto Ecos weltberühmter Roman „Der Name der Rose“ spielt zwar nicht in einer Universität, sondern in einer Abtei. Und auch nicht heute, sondern im 14. Jahrhundert. Es geht um theologische Themen, deren Relevanz wir heute kaum noch begreifen. Und trotzdem kann man unschwer Bezüge zu heute feststellen. Der Roman spielt in einer geistig und ideologisch zerrissenen Zeit. Mit allen intellektuellen Mitteln bekämpfen sich die rivalisierenden Gruppen, die dabei alle zur noch ungeteilten römischen Kirche des Westens gehören. Heftige Intrigen und schließlich gewalttätige Auseinandersetzungen gehören auch dazu.

In der Abtei wird das einzige Exemplar einer verschollen geglaubten Schrift des Aristoteles aufbewahrt. Und allein ein alter blinder Bibliothekar weiß darum. Er glaubt, dass diese Schrift der herrschenden Lehre so sehr widerspricht, dass er niemandem deren Lektüre erlauben dürfe. Er vergiftet ihre Seiten, sodass jeder, der sie entdeckt und in ihr blättert, stirbt. Als der aufgeklärte Mönch William von Baskerville kurz

davor ist, dieses Geheimnis zu lüften, nimmt der Alte lieber in Kauf, dass die ganze Bibliothek niederbrennt, als dieses Buch öffentlich bekannt werden zu lassen.

Vergiftetes Wissen, verhinderte Erkenntniszugänge gegen beharrliche Aufklärungsarbeit; verbohrt Ideologien gegen unvoreingenommene Wahrnehmung der Wirklichkeit; trotzig Abschottung gegen die Bereitschaft, sich durch Erkenntnisgewinn auch irritieren zu lassen; Gefangenschaft in selbstgewählter Unmündigkeit gegen das Risiko einer offenen Gesellschaft mit freier Forschung und Debatte: Diese Kämpfe, die Umberto Eco im 14. Jahrhundert spielen lässt, sind Kämpfe, die immer wieder zu kämpfen sind – damals und heute.

„Frei soll die Lehre sein und frei das Lernen“ – dieser Ruf nimmt in solchen Kämpfen eine klare Haltung ein. Und dieser Ruf gehört zur Gründungsgeschichte der Hamburger Universität. Sie wird in diesem Jahr hundert Jahre alt und wir alle gratulieren ihr herzlich zum Geburtstag. Es kommt ein weiterer Grund zum Gratulieren hinzu. In diesem Jahr hat die Universität Hamburg die Auszeichnung einer Exzellenz-Universität erhalten. Das ist Ehre und Verpflichtung zugleich, wie kaum jemand besser weiß als Sie, die Mitglieder der Hochschulrektorenkonferenz, und unser Gastgeber, Herr Professor Lenzen. Herzlichen Glückwunsch auch dazu!

Hundert Jahre – das ist keine allzu lange Zeit im Angesicht der Geschichte der europäischen Universität. Sie begann ja schon im 12. Jahrhundert, einer ersten Zeit der intensiven Befragung von Autoritäten und der dialektischen Kontroverse auf der Suche nach Wahrheit. Wie intensiv etwa die Auseinandersetzungen zwischen Glaube und Wissen waren, zeigt Jürgen Habermas in seinem neuen Opus magnum. Ohne Streitkultur, ohne regelgeleitete Disputation und Debatte ist Universität von Anfang an also nicht zu denken.

Aber hundert Jahre sind doch auch wieder eine lange Zeit, angesichts der Zeitenbewegungen und Umbrüche, die die Hamburger Universität in diesem Jahrhundert erlebt hat. Die Zeitgeschichte mit ihren Konflikten

lässt Universitäten nicht unberührt. Und Universitäten wirken wiederum auf Politik und Kultur einer Zeit ein.

Nur drei Erinnerungen dazu hier aus Hamburg:

Ernst Cassirer, einer der ersten jüdischen Rektoren einer deutschen Universität, ein tapferer und vorbildlicher Demokrat, konnte in dem einen Jahr seines Rektorats 1930 eine Feier zur Würdigung der Weimarer Reichsverfassung nur noch gegen größte Widerstände durchsetzen. Die Rektoren nach ihm suchten den Schulterchluss mit der bereits nationalsozialistisch geprägten Studierendenvertretung. Auch in Hamburg zeigte sich, die aktive politische Studentenschaft war nationalsozialistisch, bevor Deutschland nationalsozialistisch war.

Oder die große Kontroverse, die der Hamburger Historiker Fritz Fischer über Ursachen und Verantwortung für den Ersten Weltkrieg Anfang der sechziger Jahre auslöste – und wie diese ursprünglich akademischen Thesen weite Kreise aus Politik und Publizistik beschäftigten und das Selbstbild Deutschlands wesentlich mitprägten.

Und wie schließlich – ziemlich genau ein halbes Jahrhundert ist das nun her – die antiautoritäre Bewegung der Nachkriegsjugend die Universitäten ergriff und von dort wiederum entscheidend verstärkt wurde. In unser aller Bildgedächtnis eingegangen ist das – wohlgemerkt: Hamburger – Transparent „Unter den Talaren – Muff von tausend Jahren“. An die Verdienste der 68er-Bewegung für die gesellschaftliche Liberalisierung der Bundesrepublik haben wir in vielen Veranstaltungen im vergangenen Jahr erinnert, auch an die zeitweise heftigen Auseinandersetzungen namentlich an den Universitäten, in denen Hörsäle zentrale Orte großer gesellschaftlicher Debatten wurden. Wir haben auch an die spätere Radikalisierung bis hin zur Gewalt und bei einigen zur mörderischen Verirrung im Terrorismus erinnert. Andere zum Schweigen bringen zu wollen, weil sie das eigene Weltbild irritieren – das ist beileibe kein neuer Impuls. Aber er bleibt – damals wie heute – inakzeptabel!

Wer eine Universität betritt, sei es als Lehrender oder als Studierender, betritt also nicht die stille, erdabgewandte Seite des Mondes. Sondern

der betritt einen Raum der geistigen, auch politischen Auseinandersetzung. Natürlich werden in diesem Raum die aktuellen Konflikte, die in einer Gesellschaft virulent sind, nicht sistiert, sondern oft besonders deutlich artikuliert und ausgetragen. Die Hochschulrektorenkonferenz hat darum mit vollem Recht ihr Grundsatzpapier von 2016 überschrieben: „Die Hochschulen als zentrale Akteure in Wissenschaft und Gesellschaft“.

Das ist aus vielen Gründen richtig so. Wer nach seinem Studium in der Gesellschaft, wo auch immer, an verantwortlicher Stelle tätig wird, sollte es gelernt haben, sich intellektuell auch mit dem auseinanderzusetzen, was jenseits seiner speziellen Fachrichtung Staat und Gesellschaft bewegt.

Die Welt braucht nicht nur gut ausgebildete Könner ihres Fachs, nicht nur fleißige Sammler von Creditpoints, sondern vor allem kritische und selbstkritische, politisch wache Menschen. Selbstbewusste akademische Bürgerinnen und Bürger, die selbstbewusste Staatsbürgerinnen und Staatsbürger werden. Die es gelernt haben, strittige Themen mit offenem Visier zu diskutieren – und Unterschiede auszuhalten, ohne sich in Selbstverkapselung zu verkriechen oder in rücksichtsloser Aggressivität nur die eigene Meinung gelten zu lassen.

Forschung und Lehre an unseren Universitäten beanspruchen und fördern den entschiedenen und ernsten intellektuellen Einsatz aller darin Arbeitenden. Es geht hier um die Sache, und das oft kontrovers. Auf Unfehlbarkeit kann niemand pochen. Kein gelehrter Professor und keine kritische Studentin. Das kann anstrengend sein, sehr anstrengend. Die Hochschule ist kein Schonraum und kein Spielplatz, was sie von der lebensgeschichtlich weit früher liegenden Bildungsstätte des Kindergartens unterscheidet. Wer – als Professorin oder als Student – glaubt, verhindern zu müssen, dass unorthodoxe wissenschaftliche Thesen zu Wort kommen; wer glaubt, Bücher mit kontroversen Inhalten sollten aus den Bibliotheken verschwinden – und es gibt tatsächlich wieder solche Ansichten –, der hantiert aus dem Inneren der Wissenschaft mit dem gleichen tödlichen Gift wie der fundamentalistische blinde Mönch aus dem Namen der Rose.

Kurzum: Forschung und Lehre müssen frei sein! Diese unersetzliche Freiheit zu achten und nicht zu missbrauchen, ist Aufgabe aller an der Universität – und sie zu garantieren, ist die Pflicht der universitären wie der staatlichen Verantwortungsträger. Die Freiheit von Forschung und Lehre findet in unserem Grundgesetz ihre Grenzen erst da – und nur da –, wo geschützte Grundrechte Dritter oder wichtige Schutzgüter mit Verfassungsrang verletzt sind. Nur in solcher akademischer Freiheit nämlich wird die Suche nach Wahrheit möglich. Einer Wahrheit, die keiner für sich allein hat, sondern die unserem gemeinsamen Forschen, Ringen und Streiten immer voraus liegt.

Die gegenwärtige Debatte, wenn man sie so nennen will, über tatsächliche oder angebliche Grenzen der freien Meinungsäußerung betrifft selbstverständlich auch die Hochschulen. Sie geht aber weit darüber hinaus. Wenn Sie erlauben: Manches an dieser Debatte kommt mir reichlich schief vor, manches geheuchelt, manches zeugt von kurzem historischen Gedächtnis.

Zunächst: Es gibt keine staatliche Meinungszensur und keine staatliche Sprachpolizei. Wer das behauptet, lügt und führt Menschen in die Irre. Und wer das glaubt, fällt auf eine bewusste Strategie interessierter verantwortungsloser Kräfte herein. Und wer versucht, Verständnis aufzubringen für die angeblich gefühlte Freiheitsbeschränkung, die doch in Wahrheit nur eine massiv eingeredete ist, besorgt schon das Geschäft der Scharfmacher!

Ein Zweites: Die Behauptung, man dürfe in Deutschland seine Meinung nicht (mehr) frei aussprechen, ist ein längst ausgeleiertes Klischee aus der reaktionären Mottenkiste. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat gerade eben in ihrer Jubiläumsausgabe den über zwanzig Jahre alten Leserbrief eines Professors zitiert: „Wer in Deutschland von seinem Recht auf freie Meinung Gebrauch macht, kommt auf die Anklagebank.“ Vor Jahrzehnten, ja immer schon, wurde offenbar so gejammert.

Ein Drittes: Manche verwechseln das Recht auf Meinungsfreiheit mit dem Anspruch darauf, dass auch alle anderen ihre Meinung teilen. Oder mit dem Recht, jede noch so absurde Behauptung müsse ernst genommen werden. Wer sich aber öffentlich äußert, muss natürlich mit der

Überprüfung seiner Aussage rechnen und mit Widerspruch. Dem „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ folgt eben gern ein „Da wird man ja wohl auch widersprechen dürfen“ – und das nenne ich nicht Mainstream-Tugendterror, sondern Demokratie!

Nur leider kommt diese Selbstverständlichkeit immer mehr abhanden. Vielleicht liegt das auch an jenen Medien, die wir uns angewöhnt haben, sozial zu nennen, und die heute zur Meinungsäußerung mehr und mehr benutzt werden. Auf demselben Gerät, mit dem ich ungefiltert meine Meinung in die Welt schicken kann, kann ich mit einer Fingerbewegung konträre Ansichten wegwischen. Das verführt zu einem Absolutheitsanspruch, der aber trügt. Denn Widerspruch und gegenteilige Ansichten kann man in der realen Welt eben nicht einfach wegschnippen. Man kann sie nur aushalten und im offenen Dialog argumentativ bestreiten.

Und viertens schließlich: Manche verwechseln das Recht auf Meinungsfreiheit mit dem Recht, andere hemmungslos zu diskriminieren, ihre Würde zu verletzen, ihnen sogar mit physischen Angriffen auf Gesundheit und Leben zu drohen. Das ist nicht Meinungsfreiheit, das ist sprachliche Gewalt, die verhindert und bestraft gehört. Sie bedroht nicht nur diejenigen, die davon betroffen und hilflos – oft anonymen – Angriffen ausgesetzt sind. Sie bedroht unsere Freiheit insgesamt.

Was mir immer wieder auffällt: Wer am lautesten darüber klagt, nicht gehört zu werden, hat oft seine Ohren für andere Auffassungen, Argumente oder gar für überprüfbare Fakten am dichtesten verstopft. Und oft kommen aus den gleichen Quellen, aus denen die größten Beschwerden über angeblich fehlende Meinungsfreiheit stammen, auch die heftigsten Diffamierungen Andersdenkender und die größten, als persönliche Meinung deklarierten Geschmacklosigkeiten. Hier dementiert sich die Behauptung der fehlenden Meinungsfreiheit selber – und sie vergiftet dazu noch die offene gesellschaftliche Auseinandersetzung.

Erklärter Hauptgegner der angeblich so bedrohten Meinungsfreiheit ist die politische Korrektheit. Sie ist so sehr zum negativ besetzten Kampfbegriff geworden, dass die ursprünglich damit beabsichtigten Ziele

mutwillig verschleiert werden. Wer politische Korrektheit nur noch als Karikatur darstellt und verächtlich macht, will vergessen lassen, dass viele sich hier mit besten Absichten und Erfolg der Diskriminierung von Minderheiten widersetzt haben. Vielleicht haben manche Vorkämpfer nicht deutlich genug gemacht, dass es hier nicht um Verbot und Strafe, sondern um ein Setting ungeschriebener Regeln des Umgangs miteinander geht, um eine von Einsicht gezogene Grenze zwischen dem Sagbaren und dem Unsäglichen. Wenn diese Grenze heute eingerissen wird, dann ist das kein Ausweis moralischen Fortschritts. Im Gegenteil. Und viele, zu viele bekommen das zu spüren.

Worum ging es eigentlich bei der politischen Korrektheit, die jetzt so heftig bekämpft wird? Bewusste oder unbewusste Diskriminierung von Einzelnen oder Gruppen sollte zum Beispiel durch angemesseneren Sprachgebrauch abgebaut werden. Die einfachen Gesetze von Höflichkeit und zivilem Umgang sollten gegenüber allen gelten, auch gegenüber denen, die, auf irgendeine Weise, anders sind als die Mehrheit. Verschiedenheit nicht als Mangel, als Risiko – Verschiedenheit vielmehr als gleichberechtigtes Anderssein. Die gleiche Würde des Anderen auch in der Sprache, und damit im gesellschaftlichen Bewusstsein, anzuerkennen – darum ging es und darum geht es.

Mag sein, dass nun bei manchen das Gefühl aufkommt, man dürfe nicht mehr einfach so seine Meinung sagen. Mag sein, dass manches davon wie eine überflüssige Bevormundung erscheint. Mag sein, dass einige gut gemeinte Neubezeichnungen eher zu ironischer Kommentierung einladen. Mag sein, dass es im Ringen um sprachliche Normen, deren Grenzen immer fließend und in Bewegung sind, auch Übertreibungen, auch Überschießen und Gegenreaktionen gibt. Und mag auch sein, dass manche, deren Leben von existenziellen Nöten und Ängsten geprägt ist, denken, es handele sich hier um ein Projekt von Leuten, die keine anderen Sorgen haben.

Aber all dieses „Mag sein“ ist kein Freibrief für die Verbreitung von rücksichtslosen Beleidigungen und für ungebremsten Hass auf alle, die anders leben, anders denken, anders aussehen, anders lieben. Es ist

keine Legitimation für sprachliche Enthemmung, für Rassismus, für Frauenverachtung, für Schwulenfeindlichkeit, für Antisemitismus!

Die Meinungsfreiheit wird nicht dadurch eingeschränkt, dass wir bestimmte, historisch gewachsene und heilsame Tabus im Umgang miteinander gelten lassen, ja schützen. Die Meinungsfreiheit wird nicht bedroht durch den ganz normalen menschlichen Anstand. Die Meinungsfreiheit ist nicht bedroht, wenn wir beim öffentlichen Reden – und auch jedes Posting im Netz ist öffentliches Reden – darauf achtgeben, niemanden willentlich zu verletzen. Die Meinungsfreiheit ist nicht bedroht, wenn wir auf besonders verwundbare Menschen besonders Rücksicht nehmen. Das tun wir ja in der Familie, im Freundeskreis, unter Kollegen auch, und mit großer Selbstverständlichkeit. Das ist kein sprachpolizeilicher Tugendterror, sondern Ausdruck von Respekt und Höflichkeit, wie wir sie für uns selber wünschen und wie sie uns der oft berufene gesunde Menschenverstand nahelegt. Ein respektvoller Umgangston schließt Dissens in der Sache natürlich keineswegs aus. Was wir wieder neu brauchen, ist Streitkultur. Streitkultur billigt anderen zunächst lautere Absichten zu. Streitkultur erspart anderen keinen Widerspruch, aber sich selber auch keine Selbstkritik. Streitkultur fasst nicht mit Samthandschuhen an, aber lässt auch nicht die verbale eiserne Faust sprechen. Streitkultur öffnet nicht nur den eigenen Mund, sondern auch die eigenen Ohren. Streitkultur braucht den Wunsch, zu überzeugen und die Offenheit, sich gegebenenfalls auch selbst überzeugen zu lassen. Streitkultur braucht also beides: Mut und Gelassenheit.

Wenn ich einen Strich drunter mache, dann gilt in meinen Augen Folgendes: Wir haben kein Problem mit der Meinungsfreiheit. Wir haben ein Problem mit unserer Streitkultur. Wir müssen sie aufs Neue lernen. Und weil die Universität seit Jahrhunderten der Ort ist, an dem eine Gesellschaft das Streiten lernt, so darf gerade die Universität – gerade heute – ihre Streitkultur auf keinen Fall verlernen!

Andersherum gesagt: Wenn wir das Streiten wieder lernen wollen, dann bitte hier – an den Universitäten! Das ist mein Wunsch, gerade an Sie, die Rektorinnen und Rektoren, die Präsidentinnen und Präsidenten. Ja,

die Hochschule kann und soll der Austragungsort für Kontroversen sein. Ohne heimlich oder offen verbreitetes Gift. Aber mit Schärfe und Polemik, mit Witz und Wettstreit. Die Universität soll kein Ort der geistigen Schonung sein, sondern ein Ort der Freiheit aller zum Reden und zum Denken. Und die Exzellenz einer Hochschule erweist sich – neben aller Internationalisierung, Digitalisierung, Optimierung – vor allem daran, ob hier gepflegt und eingeübt wird, was unsere Demokratie so dringend braucht: den erwachsenen Streit, die argumentative Kontroverse, den zivilisierten Disput.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen gute Beratungen.

Grußwort

Professor Dr. Dr. h. c. Dieter Lenzen

Präsident der Universität Hamburg

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Frau Staatsrätin Möller,
Exzellenzen,
sehr geehrte Senatorinnen und Senatoren a. D.,
lieber Herr Kollege Alt,
sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste,

herzlich willkommen in der, an diesen Namen haben wir uns noch gar nicht gewöhnen können, Exzellenzuniversität Hamburg!

Wir freuen uns sehr, dass die Hochschulrektorenkonferenz sich entschieden hat, ihre diesjährige Jahresversammlung in unserem Jubiläumsjahr in Hamburg durchzuführen. Wir freuen uns darüber, dass Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, dazu nach Hamburg gekommen sind, und wir freuen uns darüber, dass die HRK ihr übliches Format, die Jahresversammlung im Frühsommer durchzuführen, verändert hat, um die Anwesenheit und die Festrede des Bundespräsidenten, für die ich mich herzlich bedanken möchte an dieser Stelle, zu ermöglichen. Ein vielfacher Dank aber eben auch allen, die heute hier zu dieser Stunde erschienen sind.

Das diesjährige Rahmenthema, die Lage der Wissenschaftsfreiheit, könnte zum Tagungsort schon aus historischen Gründen – und einiges haben wir eben schon gehört – kaum besser passen, weil die Universität in ihrer Geschichte zwischen Wissenschaftsfreiheit und deren Beschränkungen ein häufiger Spielball gewesen ist.

Ihre Gründung am 10. Mai 1919 (im März war der Beschluss in der Bürgerschaft), also der eigentliche Gründungsakt am 10. Mai 1919 – war ein Akt der Befreiung nicht nur aus dem Kaiserreich, sondern auch aus

der engstirnig-utilitaristischen Umgehensweise mit Wissenschaft vor ihrer Gründung in bloß einem Kolonialinstitut, das den Handelsleuten damals ausreichend nützlich erschien. Auf sozialdemokratische Initiative, mit sozialdemokratischer Mehrheit wurde die Gründung sehr schnell beschlossen und es zeigte sich, wie wichtig das war. Innerhalb weniger Jahre konnte die Universität Hamburg fünf Nobelpreisträger verzeichnen und es schien fast so, als ob dieses Aufatmen einer nun freien Wissenschaft eben auch erfolgreich bleiben würde. Hinzu traten berühmte Persönlichkeiten wie Ernst Cassirer, der eben schon einmal durch den Bundespräsidenten erwähnt wurde, der Philosoph der symbolischen Formen; Erwin Panofsky, der Nestor einer ganz neuen kunstgeschichtlichen Forschung, und andere. Sie stehen aber auch, beide Juden, gemeinsam mit anderen ihrer Kolleginnen und Kollegen, für das, was 1933 nicht mit der Universität geschah, sondern zu erheblichen Maßen eben auch von ihr selber betrieben wurde: Die Besten der jungen Universität wurden in Konzentrationslager geschickt, ermordet, wenn sie nicht rechtzeitig fliehen konnten. Dieses geschah in einem Ausmaß, das nicht für jede damalige deutsche Universität zu vermerken ist. Daraus resultiert, und das muss man verstehen, für die Universität Hamburg eine besondere Sensibilität gegenüber jedem rechtsextremistischen Versuch, die Wissenschaftsfreiheit einzuschränken.

Aufgrund dieser Sensibilität hat die Universität auch vor dem Hintergrund einer ganzen Kette von Übergriffsversuchen aus ganz verschiedenen politischen Lagern sowie aus Gruppierungen extremistischer Religionen und wegen verschiedener alltäglicher Anlässe, die wir heute an vielen Universitäten finden können, eine Kommission beauftragt mit der Dokumentation, der Analyse und Empfehlungen dazu, wie nicht nur in Hamburg, sondern vielleicht deutschlandweit mit diesen schleichenden, scheinbar selbstverständlichen Übergriffen umzugehen sein wird.

Einige Beispiele:

Erstens z. B. aus der Iranistik: Die Vorlesung zur „Geschichte des Vorderen Orients“ wurde von sich als politisch motiviert bezeichnenden verummten Personen gestürmt, die Flugblätter auf Studierende warfen.

Der Text des Flugblatts warf dem Dozenten in einer persönlich beleidigenden Form vor, in der vorangehenden Vorlesungssitzung die politische Rolle von Orientalisten bei der Kolonialisierung im 19. Jahrhundert verharmlost zu haben.

Oder aus der vor- und frühgeschichtlichen Archäologie: Dort beschäftigte sich ein Promotionsprojekt mit einem Anti-Atom-Protestcamp der 80er-Jahre im Wendland. Nachdem das Projekt auf mediales Interesse gestoßen war, hat der Promovend vermutlich aus rechten Kreisen anonyme Droh-E-Mails erhalten, die auch Morddrohungen enthielten. Für die Sicherung der Grabungstermine vor Ort musste die Polizei bemüht werden.

Drittens wurde uns über Störungen von Veranstaltungen in den Islamwissenschaften berichtet. Islamistische Studierende sollen Dozentinnen in aggressiver Weise aufgefordert haben, in der Lehrveranstaltung Kopftücher zu tragen. Zudem seien einzelne männliche Studierende nicht bereit gewesen, Unterlagen von weiblichen Dozenten entgegenzunehmen.

Aufgrund solcher Ereignisse – und davon gibt es sicher noch mehr, nicht nur in Hamburg –, aufgrund solcher Ereignisse, und das ist ein zweiter Anlass für spezifisches Verstehen, ist die Universität Hamburg besonders sensibel gegenüber auch parteipolitischen Versuchen, egal welcher Herkunft, die Universität als bloße Bühne zu benutzen, besonders natürlich im Vorfeld von Wahlen. Vor diesem Hintergrund war es erforderlich, der Administration unserer Universität klare Vorgaben für die Vergabe von Räumen zu geben, für den Umgang mit über 1500 solcher Anfragen, die wir jährlich haben. Die Vorgabe heißt, ähnlich wie an anderen Universitäten, der Freien Universität, in Freiburg, Köln und anderswo. Zitat: „Die Überlassung von Räumen ist ausgeschlossen für [...] Veranstaltungen mit parteipolitischer Ausrichtung.“

Die Universität folgt darin der Vorgabe des Paragraphen 11 des Hochschulgesetzes in Hamburg, welches den Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes auslegt: „Die Freiheit der Lehre [...] umfasst [...] im Rahmen der zu erfüllenden Lehraufgaben insbesondere die Abhaltung

von Lehrveranstaltungen und deren inhaltliche und methodische Gestaltung sowie“, und jetzt kommt es, „das Recht auf Äußerung von wissenschaftlichen und künstlerischen Lehrmeinungen.“ Der Gesetzgeber hat also Wert daraufgelegt, dass die Wissenschaftsfreiheit nicht grenzenlos gilt, sondern sich auf die „zu erfüllenden Lehraufgaben“, also nicht beliebige, bezieht und dass die Wissenschaftsfreiheit garantiert, dass wissenschaftliche und künstlerische Lehrmeinungen, also nicht politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche dieses Privileg genießen. Ähnliches gilt für die Forschung.

Die Universität hätte es angemessen gefunden, wenn all diejenigen, die sich nach der Rückkehr des AfD-Gründers zur Störung seiner Lehrveranstaltung geäußert haben, das Gesagte gewusst und berücksichtigt hätten. Dann hätte man nicht schreiben können, dass die „Meinungsfreiheit“ gefährdet sei, die sich nämlich nicht auf die politische, sondern nur auf die wissenschaftliche Meinung beziehen kann. Dann hätte man nicht schreiben können, man hätte sich auch entscheiden können, den AfD-Gründer nicht lehren zu lassen. Dann hätte man nicht schreiben können, je nach politischer Herkunft, die Universität oder die Politik habe den Einsatz von Polizei entweder unterbunden oder umgekehrt, sie habe die Polizei zu Unrecht bestellt. Man hätte auch nicht schreiben können, dass Studenten die Vorlesung gestört hätten. Dafür gibt es überhaupt keine Evidenzen, weil Studenten keine Studentenuniformen tragen. Dann hätte man auch nicht den Parteivorsitzenden der FDP, Herrn Lindner, zitieren können, der Präsident der Universität habe ihm einen Brief geschrieben, in dem er ihm seinen Auftritt untersagt und ihn eingeladen habe. Der Präsident hat ihm nie einen Brief geschrieben, er hat ihn auch nicht eingeladen, insofern kann er ihn auch nicht ausladen. Und dann hätte man auch nicht sagen können, die Senatorin und der Präsident verharmlosten Gewalt als Diskurs. Mit ein bisschen sprachlicher Begabung ist die inkriminierte Pressemitteilung kaum misszuverstehen. Diese lautete nämlich: „Unabhängig“ von der Causa des AfD-Gründers „ist festzustellen, dass Universitäten als Orte der Wissenschaft die diskursive Auseinandersetzung“, wir haben es eben gehört, „auch über kontroverse gesellschaftliche Sachverhalte und Positionen führen und aushalten müssen – insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte.“

In all dem steckt viel Unverstand und manchmal auch – Herr Bundespräsident, Sie haben es eben auch gesagt – absichtliches Missverstehen und niemand würde darüber vermutlich in dem Maße reden, wenn es sich bei den agierenden Personen nicht um Politiker handeln würde. Reden muss man allerdings über die Frage, mit welchen Mitteln wissenschaftliche Meinungsstreite ausgetragen werden, nicht politische.

Denn auch hier hilft ein Blick ins Gesetz: Das Hamburgische Hochschulgesetz schließt einen universitären Auftrag in politischer Bildung oder verwandten Zielformulierungen explizit nicht ein. Wohl formuliert es aber diese Aufgabe für die Studierendenschaft. Denn dort steht – und das geht zurück auf die alliierten Besatzungsmächte – im Paragraphen 102: Die Aufgabe der Studierendenschaft „ist es insbesondere [...] die politische Bildung und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein der Studierenden [...] zu fördern.“ Damit die Studierenden dieses können, ist die Studierendenschaft eine eigenständige rechtsfähige Gliedkörperschaft und hat deswegen die Pflicht, Politiker und Politikerinnen mit den Studierenden ins Gespräch zu bringen.

Ich breche hier ab. Ich denke wir haben genügend Stoff für unsere Podiumsdiskussion. Ich danke Ihnen noch einmal für Ihr Hiersein, insbesondere dem Bundespräsidenten und der HRK, und wünsche der diesjährigen Jahresversammlung viel Erfolg.

Podiumsdiskussion

„70 Jahre Artikel 5 – Die Hochschulen in der Verantwortung“

Professor Dr. Peter-André Alt

Präsident der Hochschulrektorenkonferenz

Professorin Dr. Antje Boetius

Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts, Helmholtz-Zentrum für Polar- und Meeresforschung

Dr. Jens-Peter Gaul

Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz, Moderation

Professor Dr. Dr. h. c. Dieter Lenzen

Präsident der Universität Hamburg



Foto: Claudia Höhne

Einleitung

Dr. Jens-Peter Gaul

Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen. Mein Name ist Jens-Peter Gaul, ich bin Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz und habe die Ehre und das Vergnügen, Sie durch den zweiten Teil dieses Festaktes zu führen.

Der Bundespräsident hat einen großen und inhaltlich herausfordernden Gesprächsraum aufgemacht. Es ist auch in den beiden Grußworten sehr deutlich geworden, dass wir es hier nicht mit einfachen Fragestellungen zu tun haben. Wir wollen versuchen, uns diesen Fragestellungen noch etwas zu nähern in einer Podiumsdiskussion. Dazu darf ich die drei Mitwirkenden hier nach oben bitten: Herrn Professor Alt, den Präsidenten der HRK, Herrn Professor Lenzen, den Präsidenten der Universität Hamburg, und Frau Professorin Antje Boetius.

Ich möchte Ihnen gerne Frau Professorin Boetius noch näher vorstellen, was man in der wissenschaftlichen Community eigentlich gar nicht muss, aber sich natürlich gehört. Zunächst mal die großen Aufgaben, denen sie sich inhaltlich widmet: Frau Professorin Antje Boetius ist Direktorin des Alfred-Wegener-Institutes, des Helmholtz-Zentrums für Polar- und Meeresforschung in Bremerhaven, eine der weltweit führenden Einrichtungen auf diesem Gebiet. Sie ist aber auch Professorin für Geomikrobiologie an der Universität Bremen und gleichzeitig auch Leiterin der sogenannten Helmholtz-Max Planck Brückengruppe für Tiefseeökologie und -technologie am Max-Planck-Institut für Marine Mikrobiologie in Bremen – Sie sehen also, Frau Professorin Boetius ist über das Wissenschaftssystem hinweg stark vernetzt. Die Inhalte ihrer Arbeit zu kommunizieren, sie zu erläutern, verständlich zu machen und auch die dahinter liegenden Fragen und Handlungsbedarfe zu klären, ist für Frau Professorin Boetius ein großes Anliegen. Sie ist deswegen auch Vorsitzende des Lenkungsausschusses von Wissenschaft im Dialog. Aus

naheliegenden Gründen möchte ich heute von ganz vielen und fast unzähligen Ehrungen und Auszeichnungen eigentlich nur eine nennen, die damit im Zusammenhang steht: Sie hat nämlich vor kurzem das Bundesverdienstkreuz aus der Hand unseres Bundespräsidenten empfangen. Schön, dass Sie da sind. Wir freuen uns, dass wir Sie für diese Veranstaltung gewinnen konnten.

Wir wollen uns den Themen, die heute schon angesprochen worden sind, in ein paar Schritten versuchen zu nähern. Wir haben gesagt, man kann hier vielleicht in Gegensätzen arbeiten; wenn man will, kann man dafür auch das große Wort von der Dialektik benutzen. Wir wollen einfach mal versuchen, ob wir uns diesen schwierigen Themen schrittweise nähern können.

Podiumsdiskussion

Dr. Jens-Peter Gaul

Ich möchte zum ersten Punkt gerne direkt am Anfang Herrn Professor Alt fragen: Wenn wir auf die Hochschulen schauen – und das gilt ja auch für die Forschungseinrichtungen –, dann sind die großen staatlichen Hochschulen im Grunde per definitionem säkulare und nichtpolitische Einrichtungen. Sie sind dem Wort verpflichtet, im Grunde der Aufklärung. Der Bundespräsident hat den Begriff von der selbst verschuldeten oder selbst gewählten Unmündigkeit formuliert, um deren Ausgang es der Aufklärung ja geht. Passend dazu: Ernst Cassirer, nach dem dieser Raum hier benannt ist, hat ein im deutschen Sprachraum maßgebliches Buch über Jean-Jacques Rousseau geschrieben, ist also auch dieser Tradition ganz verpflichtet. Das ist sozusagen die Grundaufstellung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Auf der anderen Seite ist aber auch klar, dass sie Teil der Gesellschaft sind, den Grundrechten von Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit usw. verpflichtet sind, und sich daraus nicht lösen können und dürfen. Wie erleben wir diesen Gegensatz? Wie kann man ihn überhaupt mit Regelungen einfangen? Professor Lenzen

hat ja für Hamburg geschildert, wie da die Rechtslage ist. Wie sieht dieses Feld aus?

Professor Dr. Peter-André Alt

Zunächst einmal muss man sagen, dass das Verhältnis zwischen den Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen als Orten wissenschaftlicher Freiheit und der Gesellschaft kein konflikträchtiges ist und dass das auch gut funktioniert. Wir reden ja hier von Sonderfällen, Konstellationen, in denen es zu Konflikten kam. Aber das Erste ist: Es funktioniert eigentlich sehr gut. Die Konflikte entstehen dort, wo es eben eine Spannung gibt zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen oder bestimmten Themen einerseits und der Meinungsbildung andererseits. Diese Spannung ist auch – darauf hat der Bundespräsident ja hingewiesen – eine sehr stark historisch geprägte Spannung, die wir über viele, viele Jahrhunderte in unterschiedlichen Konstellationen immer wieder hatten. Es bedarf einer Regelung, die Genauigkeit walten lässt; Genauigkeit auch in der Abgrenzung, damit nicht der Eindruck entsteht, dass da, wo Wissenschaftsfreiheit gesichert wird und Meinungsfreiheit womöglich nicht in vollem Umfang zum Zuge kommt, die Meinungsfreiheit nicht als Prinzip auf dem Spiel steht, sondern dass es einfach darum geht, in den Hochschulen die wissenschaftliche Freiheit zu sichern.

Ich will aber noch einmal betonen, dass in unserer Gesellschaft dieses Wechselspiel eigentlich sehr gut funktioniert und dass ja viele Beispiele existieren, wo wir sehen, wie wissenschaftliche Erkenntnisse in Meinungsbildungsprozesse eintreten und dort auch kontrovers diskutiert werden – das ist völlig legitim. Das passiert bei den großen Themen, die unsere Gesellschaft bewegen, immer wieder. Ich darf das aufgreifen, was der Bundespräsident gesagt hat: Was wir auf keinen Fall preisgeben dürfen, ist eine Streitkultur, und, wo nötig, müssen wir sie weiterentwickeln. Wir dürfen uns auch durch solche Konstellationen, in denen es Konflikte gibt, nicht davon abbringen lassen, diese Streitkultur zu entwickeln. Und das halte ich für besonders wichtig: Diese Streitkultur kann dann, wenn sie gut gelebt wird, auch ein Vorbild sein für gesellschaftliche Kontroversen. Umgekehrt gibt es Beispiele, wo die Wissenschaft eben auch nicht vorbildhaft ist, wo mit wüstester Polemik, persönlichen Anschuldigungen gearbeitet wird. Mein Eindruck ist, dass

das seltener geschieht als noch vor 30 Jahren in der Wissenschaft. Aber wir können, wenn wir gut streiten, gute Vorbilder sein für eine Gesellschaft der Streitkultur.

Dr. Jens-Peter Gaul

Herzlichen Dank. Vielleicht darf ich den darin liegenden Grundgedanken noch einmal an Frau Professorin Boetius weitergeben, verbunden mit der Frage: Sie sind erfahren in beiden Welten, in der hochschulischen und in der außerhochschulischen Forschung. Diese sind natürlich eng miteinander verbunden, aber es gibt an den Hochschulen die nach außen sichtbare Dominanz der großen Gruppe der Studierenden, die an den Forschungseinrichtungen ja nicht in dieser Weise präsent sind. Mich interessiert, wenn Sie diese Welten vergleichen wollen: Wie wirkt sich das aus? Wie ist der Kommunikationsraum an den Forschungseinrichtungen beschaffen, wenn man ihn vergleichen will mit den Hochschulen?

Professorin Dr. Antje Boetius

Vielleicht kann ich zuerst noch ergänzen, dass auch ich hier studiert habe in Hamburg von 1986 bis 1992 und hier vom zivilen Widerstand insofern gelernt habe, als dass unsere Physikprofessorinnen und -professoren – ich glaube, damals waren es gar nicht so viele Professorinnen – und auch die Mediziner mit uns Studierenden im Dialog standen zur Atombewaffnung und zu Chemiewaffen, zur Frage von genetischer Manipulation an dem, was wir essen wollen. Es gab also rege Debatten und Konflikte, Demonstrationen und ein „einfach mal Abhauen“ aus den Vorlesungen, zum Teil auch mit den Professoren, um für eine andere Welt einzutreten, eine mit weniger Atomwaffen und Chemiewaffen. Man sollte nicht vergessen, wie sehr das eben auch zur Lebensschule gehört, dass das an den Universitäten möglich ist.

Hier sind die Außeruniversitären natürlich erst einmal anders, weil sie weniger öffentlich sind. Wir haben als Vorstände oder Direktoren ein Hausrecht. Es ist nicht so, dass wir jedem ein offenes Haus bieten müssen. Da ist eine grundsätzlich andere Regelung da. Aber im Großen und Ganzen sind wir einfach Teil eines gemeinsamen Wissenschafts-systems und stehen ständig im Austausch. Denn natürlich bilden die

Universitäten die Menschen aus, die bei uns arbeiten. Unsere Mitarbeiter sind z. B. Kooperationsprofessoren oder Doktoranden, die auch an der Uni sind. Was an den Universitäten passiert, passiert auch bei uns, allein deshalb, weil die Wissenschaft als Ganzes ein System ist, das von Offenheit, Toleranz und Meinungsvielfalt lebt, und weil wir alle, wenn dieses bedroht ist, zusammen füreinander eintreten und Haltung zeigen müssen. Das fordern unsere Mitarbeiter heute genauso von uns Außeruniversitären wie eh und je.

Dr. Jens-Peter Gaul

Vielen Dank! Ich würde, wenn man jetzt mal weitergeht, die Punkte, die schon angesprochen und insbesondere im Grußwort von Professor Lenzen illustriert worden sind, aufgreifen. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind Teil der Zivilgesellschaft, verkörpern mit ihrer Ausrichtung auf das Denken, auf das Wort, im Grunde ja an sich geradezu das Zivile. Und trotzdem kommen sie manchmal in Situationen, in denen sie auf das staatliche Gewaltmonopol rekurrieren müssen oder sich mit der Frage auseinandersetzen müssen, welche Rolle dieses denn zum Beispiel im hochschulischen Raum spielt. Das ist ja ein Konflikt, für den es keine A- oder B-Antworten gibt. Wie würden Sie, Professor Lenzen, das Feld beschreiben?

Professor Dr. Dr. h. c. Dieter Lenzen

Ich würde gerne mit einem Satz noch auf das eingehen, was hier gerade gesagt wurde. Wir müssen unterscheiden – und das hat was zu tun mit der Unterscheidung zwischen Wissenschafts- und Meinungsfreiheit – zwischen Gewissheit und Wahrheit. Das ist seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts eigentlich selbstverständlich. Gewissheit heißt, ich darf nicht behaupten, die Erde sei eine Scheibe. Das ist Unfug. Die Wahrheit betrifft aber unser soziales Miteinander. Ich kann nicht sagen, dass die Würde des Menschen antastbar sei. Das ist normativer Unfug. Wenn wir diese Unterscheidung ein bisschen durchziehen, dann sehen wir auch sofort die Differenz zwischen bloßen Meinungen und den wissenschaftlichen Freiheiten, die uns so wichtig sind.

Was die Frage des Gewaltmonopols angeht, so ist es in der Tat so, dass der Staat dieses hat. Er kann es natürlich, wenn er klug ist, nicht ohne Weiteres an die Universitäten weitergeben, wenn es wirklich zum Schwur kommt. Gott sei Dank haben wir in Deutschland keine Campuspolizei wie in den USA, wo genau das in die Universitäten verlagert wird. Das heißt, in dem Augenblick, wo es wirklich schwierig wird, da sind die Hochschulen darauf angewiesen, dass der Staat auch in diesem Bereich die Bedingungen dafür herstellt, dass Wissenschaft überhaupt stattfinden kann. Er tut es ja auch mit Gebäuden, er tut es mit Labors, er tut es mit Personal. Er muss es auch mit den Rahmenbedingungen tun, sonst ist Universität überfordert.

Dr. Jens-Peter Gaul

Ich würde diesen Punkt gerne weiterentwickeln. Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind ja praktisch offene Ort. Das ist ja ein hohes Gut. Man betritt eine Universität, und das Erlebnis, was man hat, ist sozusagen ein offener Ort mit vielen Leuten, mit jungen Menschen, mit älteren Menschen, die zusammenarbeiten. Das ist ein praktisch dauernder Versammlungszustand auf der einen Seite – bestimmungsgemäß ist das ja so –, und andererseits ist völlig klar, dass die Hochschulen und außerhochschulischen Forschungseinrichtungen auch sichere Orte sein müssen. Professor Lenzen, Sie haben die Frage schon skizziert: Welche Einschränkungen oder welche Kontrollen wären wir denn bereit hinzunehmen? Wenn wir uns vorstellen, es gäbe strikte Zugangskontrollen, es gäbe die Campuspolizei, wie das in anderen Ländern ja zum Teil ist, wie wäre der Preis zu beschreiben? Würden wir bereit sein, ihn zu zahlen, wenn es notwendig ist?

Professor Dr. Dr. h. c. Dieter Lenzen

Nein, dann hätten wir chinesische Verhältnisse. Wer beispielsweise die Beida (Běijīng Dàxué, also die Universität Peking) in Peking kennt, weiß, dass sie von einer riesigen Mauer umgrenzt ist. Da kommt keiner rein und raus, der nicht vorher dazu eine entsprechende Genehmigung erhalten hat. Das wollen wir nicht. Universitäten wie diese hier in Hamburg, die sehr urban sind und durchwirkt sind mit Wohngebieten, haben es da

natürlich auch gar nicht so leicht wie eigene Campus-Universitäten, die weit ab vom Schuss sind. Aber es kann – ich finde, der Bundespräsident hat es wunderbar gesagt – ja auch eine Mauer dessen geben, um das, zu dem man sagt, bis dahin darf man gehen, aber nicht darüber hinaus, was Respekt angeht. Auch Respekt kann eine Mauer sein. Es ist in Deutschland schwierig, von Mauern zu reden, aber in diesem Fall will ich das tun. Wir dürfen nicht gestatten, diese Mauer des Anstands zu überschreiten. Das ist ein Stück Erziehungsauftrag für die Universität. Wenn wir bedenken, dass die jungen Leute teilweise 16, 17 Jahre alt sind, die zu uns kommen, kleine Kohorten natürlich, aber dann in größeren Zahlen 18, 19, 20 Jahre alt, dann weiß, wer Kinder in diesem Alter hat, dass da manchmal noch ein gewisser Erziehungsbedarf existieren kann. Insofern hat die Universität sich verändert. Sie hat plötzlich, ohne dass sie das gemerkt hat, einen Erziehungsauftrag bekommen. Dazu gehört auch die Erziehung zum respektvollen Umgang miteinander.

Professorin Dr. Antje Boetius

Ich habe gerade überlegt und festgestellt, dass bei uns am Alfred-Wegener-Institut sicherlich auch wegen der Forschung, die wir betreiben, sich an uns Direktoren im Alltag eher die umgekehrte Frage stellt, nämlich: Wie viel „Raus“ ist denn eigentlich möglich? Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Studierende aller Altersgruppen wünschen sich, dass sie z. B., wenn freitags der Klimastreik ist, auch daran teilhaben können, dass sie ihr Wissen nach außen tragen können, dass sie das, was sie sagen können zur Zukunft und was sie vorhält, direkt in der Gesellschaft platzieren können. Dann stehen wir plötzlich vor der umgekehrten Frage: Was geht da? Ist das eigentlich Teil der Arbeit, dass man als Wissenschaftskommunikator nach draußen geht, sich unter die Leute mischt? Oder ist das etwas, was nach dem Arbeitsrecht schon nicht mehr drin ist? Das ist heutzutage, Gott sei Dank, bei uns in Deutschland bestimmt die häufigere Frage, die wir zu beantworten haben, als die Frage, wer von außen nach innen darf.

Dr. Jens-Peter Gaul

Ich will da trotzdem noch mal ein bisschen technisch fragen, ohne natürlich nicht-öffentliche Details wissen zu wollen. Eine Einrichtung wie das AWI zum Beispiel hat gewaltige Infrastrukturen, in anderen Zusammenhängen würde man sagen kritische Infrastrukturen. Schiffe, Flugzeuge, Helikopter, Bohrkerns müssen gelagert werden usw. Im Alltag spielt Sicherheit aber natürlich dann doch eine große Rolle, die gewährleistet werden muss und vermutlich auch aufwendig ist, oder?

Professorin Dr. Antje Boetius

Ja, sicherlich. Wir haben natürlich geschlossene Häuser in dem Sinne, dass es überall Pforten gibt, dass es also nicht wie bei einer Universität im Stadtbereich ist, wo man rein- und rauslaufen kann. Bei den Nebengebäuden nicht so sehr, aber bei vielen unserer Großgeräte gibt es allein aus Gründen der Arbeitssicherheit Zugangsbegrenzungen; bei Schiffen und Flugzeugen sowieso, weil die Orte, wo sie untergebracht sind, Häfen und Flughäfen, überhaupt gar nicht mehr offen sind, sondern den Terrorismus-Abwehr-Gesetzen unterliegen. Da haben wir die ganze Bandbreite bei den Außeruniversitären. Aber glücklicherweise, bis auf ganz wenige Ausnahmen, gibt es keine Notwendigkeit für Polizeisicherung.

Dr. Jens-Peter Gaul

Die Unterscheidung, Professor Alt, die Sie eingeführt hatten in Ihrem Grußwort, zu sagen, dass man immer sehr genau darauf schauen muss, was ist der wissenschaftliche Prozess, der geführt wird, und was ist dann die Bewertung dieser Fakten im politischen Diskurs. Fakten – das ist ja noch weiter zu erklären; darauf würde ich ganz gerne eingehen, weil auch das ja eine bestimmte Dialektik darstellt. Es gibt ein schönes Zitat, das nach meiner Kenntnis Otto Graf Lambsdorff zugeschrieben wird, der gesagt hat: „In der Politik sind Einschätzungen Fakten.“ Das Zitat ist schon etwas älter, aber es zeigt ja im Grunde voraus auf die Situationen, die wir heute haben. Es führt auch zur Überlegung, wie man – Frau Professorin Boetius, das würde ich im Anschluss an Herrn Professor Alt gerne als Frage an Sie richten – sich als engagierte Wissenschaftlerin,

die gewissermaßen pendelt zwischen der Findung der Fakten und der Vermittlung in die Gesellschaft, in diesem Spannungsfeld bewegen soll.

Professor Dr. Peter-André Alt

Zunächst mal wäre es ein gefährlicher Irrtum, wenn man der Öffentlichkeit, der Gesellschaft vermitteln würde, dass es nicht auch in der Wissenschaft Streitigkeiten gibt, und zwar – ich würde das Wort „Meinungen“ nicht benutzen – Schulstreitigkeiten, Methodenstreitigkeiten. Das wissen wir bei der Klimamodellierung, bei vielen großen anderen Themen. Dafür gibt es bestimmte Regeln. Sie haben viel zu tun mit Fachkulturen, mit disziplinären Normierungen, mit Traditionen. An sie hält man sich. Und das muss etwas sein, was auch in die Gesellschaft vermittelt wird. Bei der ganzen Diskussion über die Frage, wie weit traut die Gesellschaft der Wissenschaft über den Weg, spielt ein Problem eine ganz wichtige Rolle: Dass man zu stark gesetzt hat auf die eine unteilbare monolithische Wahrheit als Produkt wissenschaftlicher Erkenntnis und zu wenig auf Prozesshaftigkeit, auf Haltungen oder auf die Notwendigkeit, immer mal wieder auch in Zwischenschritten Dinge zu korrigieren. Nicht alle! Herr Lenzen, bei der Erdscheibe würde ich auch sagen, die Wahrscheinlichkeit ist relativ gering, dass das noch mal zurückkommt. Aber es gibt schon gefährliche Tendenzen, die Wissenschaft zu einer Art quasi-religiöser Instanz zu machen; mit dem psychologisch völlig selbstverständlichen Effekt, dass es dann auch große Enttäuschungen gibt, wenn diese Rolle nicht eingehalten wird.

Das ist das Erste, was ich mit dem Modellcharakter meinte, also Streitigkeiten in der Wissenschaft so zu führen, dass deutlich wird, es gibt nicht immer einen eindeutigen Weg.

Der zweite Schritt: Meinungsstreitigkeiten in der Gesellschaft können befeuert werden durch die Wissenschaft, das ist klar. Und jetzt kommt die spannende Frage: Wo dürfen und sollen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sich einmischen und wo nicht? Ich würde sagen, Einmischung ja, unbedingt, aber eben mit den wissenschaftlichen Erkenntnissen, Methoden und Expertisen, die sie haben. Das ist wichtig. Sie können als Staatsbürger selbstverständlich auch ihre Meinung

äußern, aber das würde ich gerne getrennt sehen und würde sagen, die Basis muss immer sein, auszugehen von dem, woran man arbeitet. Ich finde, wir haben viele gute Beispiele, die zeigen, dass gerade jüngere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in die Gesellschaft hineingehen, dass sie kommunizieren. Das Thema Wissenschaftskommunikation spielt eine überragend wichtige Rolle. Das wird hier in diesem Land auch richtig gut gemacht.

Dr. Jens-Peter Gaul

Wahrscheinlich wird es ja so sein, dass wir als Vertretung der Wissenschaft auch die wissenschaftlichen Methoden und das, was gesichertes Wissen ist und welches nicht, und wie es reproduziert oder widerlegt werden kann, in Zukunft stärker kommunizieren müssen, um klar zu machen, wie wir arbeiten.

Professorin Boetius, das Thema wissenschaftliches Engagement: Auf der einen Seite streng wissenschaftlichen Methoden verpflichtet zu sein, um wissenschaftliches Wissen zu ermitteln, auf der anderen Seite aber den Kommunikationsakt zu leisten und dann in einer Situation zu sein, dass nicht jeder dieser mitgeteilten Fakten gefällt – vielleicht wird er aus dem Zusammenhang gerissen, verdreht –, wie erleben Sie das als eine Person, die diesen Spagat auch tatsächlich lebt?

Professorin Dr. Antje Boetius

Zuallererst würde ich auch unterstützen, dass es wirklich auf die Sprache ankommt, auf die Kommunikation und auf die Klugheit der Argumente. Es gibt oft ein Missverständnis, was eigentlich die Kraft von Fakten überhaupt ist. Denn Sie können ja mal versuchen, so wie ich als Tiefseeforscherin und Geochemikerin, sich in die Öffentlichkeit zu stellen und einfach nur CO₂ in seiner molekularen Konzentration herunterzubeten oder einen Vortrag zu halten über die Krebschen, die ich zählen kann vor und nach 20 Jahren Erwärmung der Meere.

Natürlich verlangt die Öffentlichkeit zu Recht eine Einordnung, eine Einschätzung, verlangt auch eine Einordnung der Fakten in normative

Fragestellungen. Sie verlangt zu Recht von Politik und Wissenschaft, dass wir uns in einem Bereich auf eine gemeinsame Bühne stellen. Und das ist, wenn es um die Zukunftsgestaltung geht. Es gelingt nicht, sie aus verschiedenen Wissenschaften heraus zu bestimmen. Sie verlangt auch immer mehr – oder hat es schon immer, wenn man genau darüber nachdenkt – die Frage der Risikoabschätzung. Wie gelingt Risikoabschätzung? Sie betrifft ja immer die Menschen, die Gesellschaft, sie implementiert eine Vision, eine Utopie oder auch eine Dystopie. Da verlässt jeder Wissenschaftler automatisch den eigensten Raum seines Forschens und muss anhand seiner Methode, anhand seiner Ausbildung in der Lage sein, Fakten einzuordnen. In diesem Raum bewegen wir uns alle immer auf Glatteis, können Fehler machen. Aber darum geht es ja eben in der Debatte und in dem Konflikt. Deswegen fühle ich mich sehr wohl, dass ich mich mit meinen Fakten, CO₂-Molekülen, Krebschen und dem, was ich da noch alles habe, in einen öffentlichen Raum stelle, wo ich sagen kann, ich warne zu Recht vor dem, was da kommt.

Professor Dr. Dr. h. c. Dieter Lenzen

Auch hier hilft wieder Differenzierung, was die Methode angeht, wenn insbesondere auch Journalisten verstehen würden, dass Wissenschaft drei Möglichkeiten hat: Sie kann Wirklichkeit beschreiben – das geht noch einigermaßen. Die Erklärung wird schon schwieriger, besonders in sozialen Sachverhalten. Man kann keine einfachen Kausalitäten annehmen. Das funktioniert nicht, wird aber ständig gemacht: „Weil der eine das gemacht hat, macht der andere das.“ Das ist einfach Unfug. Das Dritte sind Prognosen. Das ist besonders schwierig in dem Sinne, dass wir es eben nicht genau wissen können. Wir können nur Faktoren aneinanderfügen und sagen: Wenn das und das und das die Folge ist, dann könnte das und das der Fall sein. Die Verantwortung für die Konsequenz daraus hat aber die Politik und nicht der Wissenschaftler. Die Wissenschaftlerin kann nicht sagen, „Ihr müsst jetzt das machen“, denn sie hat die Verantwortung nicht, sie ist nicht dafür gewählt, sondern der Politiker, die Politikerin ist dafür gewählt.

Dr. Jens-Peter Gaul

Mein Gedanke eben war ja zu sagen, wenn man die Prozesse in der Wissenschaft stärker offenlegt, dass etwas gefunden wird, dann aber auch wieder falsifiziert wird usw. Nützt diese Offenlegung der Autorität der Wissenschaft? Oder wäre es klüger, eher in die Gesellschaft hinein auszustrahlen, „Das wissen wir und das ist der feste Punkt“? Wie wird das eingeschätzt?

Professorin Dr. Antje Boetius

Auf jeden Fall muss die Wissenschaft immer ihre Methoden darlegen. Das ist Teil der Wissenschaft und das ist ein ganz wichtiges Feld. Das muss auch sehr stark in der Lehre implementiert sein, dass all die Unsicherheiten und auch eben die Grenzen der Methoden, die wir haben, klar werden. Trotzdem muss man sich als Wissenschaftler eben klar darüber sein, in welchem Raum man sich kommunikativ bewegt. Man kann nicht bei jedem Zeitungsinterview und bei jeder Fernsehdebatte dann so viel Redezeit verlangen, dass man genau Standardabweichung und Arithmetik erklärt. Diese Sicherheit, eben dennoch zu einer Aussage zu kommen, Haltung zu zeigen, das eigene wissenschaftliche Handeln mit dem gesellschaftlichen Auftrag zu verknüpfen, das gelingt mal besser, mal schlechter. Aber man kann nicht aus Angst davor, dass man seine Methode nicht ausreichend darlegen kann, sich verschließen oder nicht die Haltung zeigen. Ich bin ganz davon überzeugt, dass wir uns darauf einlassen müssen, zum Teil, wo es möglich ist, zu vereinfachen, aber immer Spuren zu hinterlassen, woher die Einschätzung kommt, die wir haben. Da gelingt es eben besonders gut, wenn man über das redet, was man auch beforscht. Dann hat man sozusagen die Evidenz, dass man sich mit seiner Methode auskennt.

Dr. Jens-Peter Gaul

„Historisch“ – ein gefährliches Wort – klingt jetzt sehr groß, aber wenn wir die Beobachtung der letzten 15 bis 20 Jahre sehen mit einer zunehmenden Bedeutung der Wissenschaft, auch einer zunehmend stärkeren Finanzierung der Wissenschaft in großen Summen durch Bund und Länder, auch gerade wenn man es im europäischen Vergleich sieht,

dann gewinnt die Wissenschaft dadurch natürlich Möglichkeiten, Handlungsräume, einfach weil sie Ressourcen zur Verfügung hat. Gleichwohl erleben wir gerade an den Hochschulen in einer Situation, in der das Studium sozusagen der Regelausbildungsweg geworden ist, den Mechanismus, dass immer dann, wenn Faktoren wichtiger werden, auch das Interesse der Politik daran wichtiger wird – ein normaler Mechanismus. Gelingt es uns dann trotzdem, die Spielräume zu behalten, die wir als Wissenschaft in Forschung und Lehre brauchen? Der Bundespräsident hat uns ja ermutigt zu sagen, das sind wichtige Voraussetzungen, die auf keinen Fall aufgegeben werden können. Aber wenn Sie jetzt mal auf die Zeitachse schauen und Ihre Erfahrung nutzen für diesen Rückblick, wie sehen Sie das Verhältnis? Die Bedeutung der Wissenschaft steigt, und gleichzeitig nehmen dann natürlich auch die gesellschaftlichen und politischen Wünsche an die Wissenschaft zu.

Professor Dr. Peter-André Alt

Das sind ja zwei Elemente. Das eine ist das Wachstum der Hochschulen, das ist ein permanentes und stetiges. Der Begriff „Massenuniversität“ ist inzwischen 50 Jahre alt und ist immer mehr Realität geworden. Auf der anderen Seite ist es eben tatsächlich die Investition in die Forschung, die ja – zum Glück! – eine gewaltige ist in unserer Gesellschaft, in unserem Staat, und die entsprechende Erwartungen auslöst. Das ist völlig richtig, dass das so ist. Ich glaube aber, dass die Vergrößerung des Wissenschaftssystems – es sind immer mehr Köpfe, die forschen – auch größere Komplexität erzeugt und gerade die Kommunikationsaufgabe nicht leichter macht.

Ich glaube, wir bräuchten in den Hochschulen auch mehr Einstimmung auf das, was die jungen Menschen erwartet, so wie Herr Lenzen es gesagt hat. In der mittelalterlichen Universität gab es eine Art Hausrecht. Dazu gehört übrigens auch die wissenschaftliche Disputkultur. Das war nicht nur eine Frage, wie man sich zu verhalten hat. So etwas gibt es heute nicht mehr. Aber es gibt vielleicht zu viel vorausgesetzte Selbstverständlichkeit beim Eintritt in dieses System.

Und was die Komplexität der Kommunikation angeht, Sie haben ja eben gerade über die Methoden gesprochen: Über Methoden nach außen zu kommunizieren ist das Schwierigste, was es gibt. Über Inhalte zu sprechen ist schon schwierig genug, aber Methoden zu erklären ist noch schwieriger. Die Herausforderung besteht darin, dass wir wie in vielen anderen Gesellschaftsbereichen eine unglaubliche Ausdifferenzierung im Wissenschaftssystem haben, thematisch, methodisch, aber auch was Personen angeht. Die Diversität wächst. Das loben wir, das können wir produktiv machen an den Hochschulen. Das ist etwas, was auch ein hohes Gut ist. Aber damit wird auch in der Hochschule genauso wie in der Gesellschaft selbst ein Wachstum an Komplexität verbunden, das nicht immer leicht so zu reduzieren ist, dass man Inhalte in einer klaren Weise nach außen vermittelt. Das ist etwas, was wir ja auch in der ganzen Diskussion über verschiedenste andere Themen unserer Gesellschaft erleben: eine stärkere Beteiligung, eine immer stärkere Multiperspektivität von Meinungen, mehr Redebeiträge und Interventionen, eine immer größere Vielfalt aber auch von Antworten auf Fragen. Das bedeutet eine Herausforderung, die die Gesellschaft ebenso wie die Wissenschaft, die ein Teilsystem der Gesellschaft ist, vor sich hat. Das müssen wir versuchen zu bewältigen. Wer, wenn nicht wir, die Wissenschaft, kann das oder sollte es können?

Professor Dr. Dr. h. c. Dieter Lenzen

Anfang der 1970er-Jahre hat eine Soziologengruppe in Bielefeld um Peter Weingart herum zum ersten Mal rekonstruiert, welche Probleme dadurch entstehen, dass in der Großforschung so viel Geld gebraucht wird, dass man sie nicht mehr machen kann ohne die Zustimmung des Staates in Form von Haushaltsentscheidungen. Ja, das ist eine Wissenschaftseinschränkung, weil andere Dinge dann nicht gemacht werden können. Das ist, wenn Sie so wollen, eine Freiheitseinschränkung. Es wäre aber nur dann verwerflich, wenn allen anderen verboten würde, auf eigene Faust etwas zu beforschen, was sie für richtig halten. Die Debatte um die Kleinen Fächer ist für mich ein wichtiges Beispiel. Die Kleinen Fächer besonders in den Geisteswissenschaften sind in der Regel nicht besonders kostenintensiv. Wenn man sie gefährdet – und der Wissenschaftsrat hat sich ja zu Recht damit befasst und eine entsprechende

Empfehlung herausgegeben –, dann wäre es eine wirklich beträchtliche Einschränkung von Wissenschaftsfreiheit. Bei der Großforschung kommt man nicht darum herum. Man könnte tausend andere Sachen erforschen, aber hier hat die Gesellschaft, die das bezahlt mit ihren Steuern und damit mit der Lebenszeit der Menschen, die die Steuern erwirtschaften, das Recht zu sagen, was ihr wichtig ist.

Professorin Dr. Antje Boetius

Ich würde gerne noch zwei Dinge aufrufen, die mir in den letzten Wochen passiert sind und über die ich enorm viel nachdenken muss, die auch was mit Finanzierung und Aufgaben der Wissenschaft zu tun haben. Gerade weil wir ja jetzt vom Bundesministerium einen neuen Impuls bekommen haben, wie sehr Wissenschaftskommunikation, das Nach-außen-Treten auch Teil der Wissenschaft ist, hatte ich ein Gespräch und eine Begegnung bei einem Vortrag auf einem Dorf, wo sich die Menschen – etwa 450 sind gekommen – so bedankt haben, weil sie gesagt haben, „Bei uns ist noch nie ein Professor vorbeigekommen“. Ich war verwirrt, weil ich gedacht habe, was bedeutet das jetzt eigentlich genau. Die Hochschulen sind heute ein solcher Standortfaktor geworden. Wenn ein Ort, wenn eine Stadt eine Hochschule hat, dann steht sie ganz anders da im Dialog, als Orte, von wo man weit fahren muss, um überhaupt in Kontakt mit Wissenschaft zu kommen. Man kann den analogen Raum von uns Menschen nicht durch Digitales ersetzen, das wissen wir zunehmend mehr. Das ist ein Punkt, wo die Wissenschaft vielleicht eine Aufgabe hat, an die wir viel zu wenig denken. Wie kommen wir eben in dieses „Außen“, das keine wissenschaftlichen Institutionen, keinen Zugang zur Wissenschaft hat?

Zweitens war ich beim Europäischen Parlament beim Haushaltsausschuss für Forschung und Innovation. Ich habe mich wirklich selten so erschreckt wie bei dem Blick in die Runde, als es darum ging, dass wir im europäischen Raum wahrscheinlich erhebliche Kürzungen hinnehmen müssen, dass der ERC (European Research Council) wahrscheinlich um 20 bis 30 Prozent gekürzt wird aus verschiedenen Zusammenhängen. Da ist mir wieder so klar geworden, dass wir viel mehr als ein Wissenschaftssystem über das Internationale, über die Vernetzung nachdenken

müssen. Alles, was wir in Deutschland zugute haben, reicht eben nicht, sondern wir stehen in einem offenen Raum mit Europa, um den es zu kämpfen gilt.

Das waren zwei Dinge, die Ihnen vielleicht alle ganz normal erscheinen, aber für mich waren das so Momente, wo ich aufgewacht bin und gedacht habe, es reicht alles nicht, es geht um viel mehr dieser Tage.

Dr. Jens-Peter Gaul

Ich fand die Zahl 59 so eindrucksvoll: 59 Kilometer ist die längste Entfernung, in der man in jedem Postleitzahlenbezirk in Deutschland von einer Hochschule entfernt ist. Also innerhalb von maximal 59 Kilometern Luftlinie kommen Sie immer an eine Hochschule oder an einen Hochschulstandort. Dass wir so stark in der Fläche präsent sind, ist eindrucksvoll und birgt großes Potenzial für das Nach-außen-Gehen.

Meine Bemerkung zum Spagat, den wir in der Wissenschaft als Teil der Gesellschaft schaffen müssen: Ich denke an ein Phänomen, das wir zum Beispiel mit unseren Partnern aus der Wirtschaft diskutieren. Wenn es der Regelbildungsweg ist, auf die Hochschule zu gehen – Studierendenquote von ca. 55 Prozent –, was machen wir denn dann, wenn die Wirtschaft aus ihrer Logik verständlicherweise sagt, wir wollen im Wesentlichen betriebsfertige Absolventinnen und Absolventen haben. Aber der Bildungsauftrag – Professor Lenzen, Sie haben das oft betont – kann ja nicht hinten runterfallen. An solchen Beispielen sieht man, wie sehr wir uns in einem Spannungsfeld befinden, das wir bearbeiten müssen.

Professor Dr. Dr. h. c. Dieter Lenzen

Diese Universität ist ein gutes Beispiel dafür. Wenn Sie nachher irgendwann aus diesem Gebäude herausgehen und sich noch einmal zurückwenden, dann sehen Sie über dem Eingang die Inschrift „Der Forschung, der Lehre, der Bildung“. Das ist ungewöhnlich, wenn man bedenkt, dass 1919 – das Gebäude ist etwas früher fertig gewesen – bewusst das Wort „Bildung“ mit hineingeschrieben worden ist. Das, was wir tun, erschöpft sich nicht in Lehre, sondern eben auch in Bildung.

Bildung heißt Menschenbildung. Wer das damals aufgeschrieben hat, hat noch gewusst, was damit gemeint ist, nämlich Bildung zur Humanität. Die Idee war bei Wilhelm von Humboldt, dass, wenn der Einzelne zur Humanität geführt wird, dieses zu einer Höherbildung der gesamten Gesellschaft führt. Es kann nur durch den Einzelnen zu einer Höherbildung und damit zu mehr Humanität führen. Ich finde es toll, dass das hier in vollem Bewusstsein in das Zentrum gerückt worden ist. Wir versuchen, das umzusetzen.

Dr. Jens-Peter Gaul

Wir nähern uns dem Ende der Zeit, die uns zur Verfügung steht. Ich möchte zum Abschluss alle drei Mitwirkenden hier noch mal um ein kurzes Statement bitten, um ihren Eindruck. Dieses große Spannungsfeld – der Bundespräsident hat es in seiner Ansprache eröffnet – zwischen der Freiheit der Wissenschaft und dem Eingebettet-Sein in die Gesellschaft und deren Ansprüche ist eine Daueraufgabe, das ist sicherlich klar. Auf welche Punkte wird es wohl ankommen? Was sollten wir in der nächsten Zeit gemeinsam mit unseren Partnern in Politik und Gesellschaft in den Vordergrund stellen?

Professor Dr. Peter-André Alt

Wir haben einen Grad von Öffentlichkeit erreicht, hinter den wir nicht mehr zurückgehen können. Das ist gut, aber zugleich eine enorme Herausforderung, weil diese Öffentlichkeit eben sehr komplexe, auch zum Teil widersprüchliche Erwartungen an das hochschulische System hat. Darauf zu antworten ist nicht einfach nur mit einer einzigen Richtung möglich, sondern wir müssen zum einen gerade auch unsere jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dafür sensibilisieren, dass sie nicht einfach nur Experten, sondern dass sie Experten in einer hohen sowohl ethischen als auch wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Verantwortung sind. Das ist, glaube ich, wichtig gerade auch angesichts der enormen Steigerung von Stoffmengen, der Vielfältigkeit, der Arbeitsteilung. Wir brauchen dieses Bewusstsein, manchmal auch hergeleitet aus der Wissenschaftsgeschichte. Ich würde bei den Individuen, die unsere zukünftige Wissenschaft machen, ansetzen und erwarten, dass wir dieses Bewusstsein immer wieder schaffen, neben

allem Ehrgeiz, neben allem Streben, neben aller Lust an der Wissenschaft, was wunderbare Motive sind. Das halte ich für extrem wichtig, damit wir dieser Aufgabe auch in Zukunft gerecht werden. Es ist ja fast schon eine Art Überforderung für den Einzelnen und nicht jeder wird es können, das, was er tut, so zu erklären, dass es tatsächlich dann auch nach außen wirkt. Aber das wäre ein erster wichtiger Punkt.

Ich mache mir weniger Sorgen über die Frage von Wissenschaftsfreiheit und Meinungsfreiheit, weil ich einfach zu viele Erinnerungen habe an Phasen, in denen es Spannungen gab. Wir kommen da heraus, wenn wir Klarheit, Genauigkeit walten lassen. Ich bin auch eigentlich zuversichtlich, dass wir die vielerlei Bedrohungen, die in der Tat da sind, überstehen werden und dass wir mit dieser Klarheit und Genauigkeit auch denen die Stirn bieten, die glauben, dass sie diese beiden Begriffe verwechseln dürfen und im Namen von Meinungsfreiheit andere Freiheiten beschädigen oder beschränken. Das schaffen wir.

Was ich viel schwieriger finde, ist die große Aufgabe, die Themen von morgen so zu erklären, dass sie nachvollziehbar sind, dass die Optionen sichtbar werden und dass daraus dann auch Handeln möglich wird.

Professor Dr. Dr. h. c. Dieter Lenzen

Ich würde gerne auf die Kommunikationskanäle abheben. Sie haben über die Inhalte gesprochen. Ich glaube, wir müssen viel mehr Kanäle bedienen, auch als Professoren und übrigens auch als Präsidenten und Rektoren und Rektorinnen. Die Menschen sind inzwischen woanders, als wir sie vermuten. Wir haben dieses Jahr „100 Jahre Universität“ sehr stark dazu benutzt, so etwas zu machen. Wir sind auf Barkassen unterwegs gewesen, haben Vorlesungen gemacht in allen möglichen ungewöhnlichen Orten. Aber auch in der Rolle als Hochschulleitung scheint mir das wichtig zu sein. Ich werde im Januar einen Blog beginnen, wir machen einen Podcast. Vor 20 Jahren hätte ich nie gedacht, dass ich mal Showmaster werden würde in einer Talkshow. Das machen wir hier mit einem Lokalsender. Aber das kommt unglaublich gut an. Die Menschen sprechen einen darauf an, sie sehen das. Man versucht

dann, das auch verständlich zu machen. Ich kann Ihnen sagen, das macht tierisch Spaß.

Professorin Dr. Antje Boetius

Mir geht es ähnlich. Aber ein bisschen anders als Professor Lenzen suche ich derzeit nicht die digitalen Räume, sondern die analogen. In letzter Zeit habe ich gemerkt, das, was einen so unglaublich stärken kann bei all dem, was so los ist, ist doch der geteilte Raum, wo es um Zuhören, um Sprechen mit Zeit geht, um Argumente-Austauschen, um Debattieren. Auch um einen volleren Blick auf die Beiträge der Wissenschaft, als wir ihn oft nehmen, zumal die Naturwissenschaften manchmal ganz abgeschnürt sind von den großen Fragen der Entwicklung der Wissenschaft, der Wissenschaftsgeschichte. Ich beschäftige mich aus diesem Grund derzeit viel mit der Begegnung zwischen Theater und Wissenschaft, dort habe ich einiges vor.

Davon mal ausgenommen bin ich schon der Meinung, dass es beim Wissenschaftssystem darum geht, dass wir sehr dafür werben müssen, sehr nach außen treten müssen mit der Frage unserer Wertegemeinschaft, die international ist, die international geteilt wird. Einer der schöneren Momente in den letzten Monaten war, als es der Nationalakademie Leopoldina gelungen ist, mit der chinesischen Nationalakademie ein leider viel zu unsichtbares Papier („Beijing Declaration on Basic Science“) zur grenzenlosen Freiheit der Wissenschaft zu verhandeln und zu unterschreiben. Ich kann allen nur empfehlen, da mal draufzugucken, denn bei der Zukunft der Räume, die wir zu verhandeln haben, geht es auf jeden Fall auch zwischen uns und Asien.

Dr. Jens-Peter Gaul

Ganz herzlichen Dank für das Schlusswort mit dieser großen Perspektive. Herzlichen Dank auch noch mal an den verehrten Herrn Bundespräsidenten für die Inspiration für diese Diskussion. An die Mitwirkenden dieser Diskussion meinen ganz herzlichen Dank!

HRK Hochschulrektorenkonferenz

Leipziger Platz 11
10117 Berlin

Tel.: 030 206292-0
Fax: 030 206292-15
www.hrk.de